



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

05.8477.02

JD/P058477

Basel, 14. März 2006

Regierungsratsbeschluss
vom 14. März 2006

Bericht zum Budgetpostulat Doris Gysin betreffend Subventionen

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom Mittwoch, den 11. Januar 2006, das nachstehende Budgetpostulat Doris Gysin betreffend Subventionen dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

Dienststelle Nr. 307 / Subventionen

„Erhöhung der Ausgaben um Fr. 160'000.-,

45 % unserer Schulkinder sind nach der Schule unbetreut. Eine ausserhäusliche niederschwellig zugängliche Tagesstruktur und optimale Spielangebote, wie sie in Jugendtreffpunkten und anderen Institutionen angeboten werden, können die familiär bedingte Chancenungleichheit dieser Kinder und Jugendlichen ein Stück weit ausgleichen. In den zwölf von der Abteilung AJFP subventionierten Institutionen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wichtige soziale Erfahrungen vermittelt und das Verständnis füreinander gefördert. Vor allem für Quartiere mit einem hohen Migrantenanteil ist die von den subventionierten Institutionen geleistete primäre Präventionsarbeit, welche Kinder und Jugendliche und ihre Familien erreicht, von grösster Wichtigkeit.

Mit dem Konzept „Offene Kinder- und Jugendarbeit Basel-Stadt“ soll dem Grossen Rat im Frühjahr 06 eine Gesamtübersicht über alle Angebote vorgelegt werden. Zudem soll das Konzept detailliert ausführen, wo in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit künftig die Prioritäten liegen sollen. Mit der zeitlichen Harmonisierung aller Subventionsverhältnisse soll dann der Grosse Rat entscheiden, wohin, ab 2008, wie viel Geld fließen soll.

Fast alle Subventionsnehmenden im Tätigkeitsfeld Offene Kinder- und Jugendarbeit machen einen erheblichen Mehrbedarf geltend. In einzelnen Institutionen bestehen Wartelisten. Aus finanziellen Gründen müssend dringend nötige Leistungen abgebaut werden, eine befriedigende nachhaltige Elternarbeit ist nicht mehr möglich. Das sind Notsignale, welche die Politik nicht überhören darf.

Spätestens in zehn Jahren wird sich als Problem bemerkbar machen, was heute an Kinder- und Jugendförderung verpasst wird. Deshalb sollte nicht bis ins Jahr 2008 gewartet werden. Es braucht bereits jetzt mehr Mittel für die Offene Kinder und Jugendarbeit. Die zusätzlichen Gelder (Fr. 160'000.-) sollen 2006 neben den bestehenden Subventionsverträgen ausschliesslich und zweckgebunden in die nach Fachmeinung der AJFP dringendste benötigte praktische Basisarbeit der Institutionen investiert werden.

Doris Gysin, Stephan Gassmann, Markus Benz, Oswald Inglin, Rolf Häring

Wir berichten zu diesem Budgetpostulat wie folgt:

1. Zum Inhalt des Budgetpostulats

1.1 Ziel des Budgetpostulates

Das Budgetpostulat hat zum Ziel kurzfristig und zweckgebunden Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Dabei soll die Beurteilung für die Verwendung

der Mittel von der Abteilung Jugend, Familie und Prävention nach fachlichen Kriterien rasch und bedürfnisorientiert vorgenommen werden können.

1.2 Stellungnahme des Regierungsrates

Die offene Kinder- und Jugendarbeit im Kanton Basel-Stadt hat eine lange Tradition. Die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Kanton Basel-Stadt sind während der letzten Jahrzehnte, oft auch auf Initiative von Privaten, historisch gewachsen und kontinuierlich weiterentwickelt worden. Auf diese Weise ist eine Vielfalt an Angeboten entstanden, ohne diese jedoch auf eine Bedarfsplanung abstützen zu können. Nicht zuletzt mit Blick auf die knappen finanziellen Mittel sind die steuernden Massnahmen und koordinierenden Aufgaben von eminenter Bedeutung, damit den Kindern und Jugendliche ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung gestellt werden kann und den sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen Rechnung getragen wird.

Aus diesem Grund hat das Justizdepartement ein übergeordnetes Gesamtkonzept für die offene Kinder- und Jugendarbeit in Basel-Stadt erstellt. Der Regierungsrat wird sich im Frühjahr 2006 damit befassen. Das Konzept soll im Sinne einer Planungsgrundlage als Koordinations- und Steuerungsinstrument für die Subventionsverträge der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab 2008 dienen. Die Hauptforderungen aus der Konzeptarbeit zielen u.a. auf die Stärkung der mobilen Ansätze, der Förderung von Kindertreffpunkten und dem zur Verfügung stellen von Räumen für die selbstständige Nutzung durch Jugendliche.

Der Regierungsrat hat sich in den letzten Jahren immer wieder dafür eingesetzt, dass für die offene Kinder- und Jugendarbeit mehr Mittel zur Verfügung gestellt wurden: Beispielsweise wurden die Subventionsbeiträge für die Basler Freizeitaktion kontinuierlich erhöht. Damit konnte z.B. der Personalbestand in den Jugendtreffpunkten aufgestockt und damit den steigenden Besucher/innenzahlen und den komplexeren Arbeitsanforderungen angepasst werden. Ausserdem konnte mit zusätzlichen Mitteln 2001 der Mädchentreff „Mädona“ realisiert und damit ein Meilenstein für eine geschlechterspezifische Jugendarbeit (Mädchenarbeit) gesetzt werden. Dem Jugendzentrum Dalbeloch wurde 2002 erstmals eine Subvention gewährt. Mit der Sicherung der Finanzierung der neuen und geplanten Angebote mit dem Jugendtreff Neubad, dem Wechsel der Jugendtreffpunkt Barracuda in die Dreirosenbrücke sowie der Mobilen Jugendarbeit wurde eine beachtliche Abdeckung und örtliche Verteilung sowie eine gewisse Vielfalt im Angebot erreicht. Auch im Bereich Kinder gab es im Zeitraum 1999-2002 Subventionserhöhungen, zum Beispiel für den Verein Robi-Spiel-Aktionen und für das Basler Kindertheater.

Aufgrund des zunehmenden finanziellen Druckes im Staatshaushalt stagnierten aber die Beiträge ab 2002. Im Rahmen des A&L-Programms zur Senkung der Staatsausgaben war zudem eine zehnprozentige Kürzung des Aufgabenfeldes der ausserschulischen Jugendarbeit und Familienförderung vorgesehen. Der Regierungsrat hat jedoch in der Folge von einer Kürzung der Subventionen im Kinder- und Jugendbereich Abstand genommen, nachdem der Grosse Rat den entsprechenden Anträgen bei der Genehmigung der einzelnen Subventionsverhältnisse nicht gefolgt ist.

Trotz all dieser Anstrengungen melden praktisch alle Institutionen einen erheblichen finanziellen Mehrbedarf an. Die Gründe hierfür liegen zum Teil bei einer steigenden Nachfrage

nach den Angeboten, zum Teil hängen sie mit den grösseren Problemstellungen zusammen, mit denen der Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit heute konfrontiert ist. Die momentanen hauptsächlichen Brennpunkte sind:

- Die Zahl unbeaufsichtigter Kinder hat deutlich zugenommen. Hierzu sind vom Justizdepartement verschiedene Massnahmen geplant, die auf eine verstärkte Verantwortung der Eltern zielen. Trotzdem sind die Institutionen der offenen Kinderarbeit unmittelbar mit dieser Tatsache konfrontiert und sehen sich zum Handeln gezwungen.
- Die Anzahl Jugendliche, die sich speziell an warmen Sommerabenden am Rheinbord aufhalten, nimmt seit einiger Zeit deutlich zu. Neben vielen friedlichen jungen Leuten, die das Ambiente geniessen, gibt es zunehmend Gruppen von Jugendlichen, die exzessiv Alkohol konsumieren. In der Vergangenheit fanden gemeinsame Sitzungen von Community Police (CP), Mobiler Jugendarbeit und AJFP statt. Vermehrte präventive Arbeit der Mobilen Jugendarbeit wird dabei von allen Beteiligten als nötig und sinnvoll erachtet.
- Die Lehrstellensituation ist für viele Jugendliche ausserordentlich schwierig geworden. Sowohl in der Mobilen Jugendarbeit als auch in den Jugendtreffpunkten ist der zunehmende Druck, dem die Jugendlichen ausgesetzt sind, zu spüren. Aus dieser Situation erwachsen zusätzliche familiäre Belastungen.
- In letzter Zeit werden vermehrt Anträge und Anfragen von neuen Projekten im Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit an das Justizdepartement gerichtet. Dabei handelt es sich oft um niederschwellige, auf teilautonome Nutzungen von Jugendlichen aufgebaute Angebote. Aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel müssen diese Anträge heute von der zuständigen AJFP in der Regel abschlägig beantwortet werden.

Die nach wie vor angespannte Finanzlage des Kantons erfordert einen sorgfältigen und vorausschauenden Umgang mit den beschränkt vorhandenen Mitteln. Der Regierungsrat anerkennt im Grundsatz den Bedarf eines angemessenen Ausbaus der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Er hat zudem in der parlamentarischen Debatte zur Überweisung des vorliegenden Budgetpostulats wie auch zur Verlängerung der Subventionsverhältnisse mit Institutionen der offenen Kinder- und Jugendarbeit zur Kenntnis genommen, dass der Grosse Rat eine verstärkte finanzielle Ausstattung dieses staatlichen Tätigkeitsfelds für wichtig erachtet.

Im laufenden Jahr 2006 wird neu ein Monitoring erarbeitet. Dies beinhaltet einen direkten Einbezug von Kindern und Jugendlichen zur Frage ihres Freizeitverhaltens und ihrer Bedürfnisse. Die Resultate werden mit den Schlussfolgerungen des Konzepts in die neuen Subventionsverhandlungen mit den Institutionen im Verlauf von 2007 fliessen. Die Subventionsverträge und die dazugehörigen Leistungsvereinbarungen sollen ab 2008 gelten.

Damit der Regierungsrat die knappen Mittel für die dringendsten Aufgaben möglichst zielgerichtet einsetzen kann, will er aber die Resultate des Monitorings und die Schlussfolgerungen des Konzepts zuerst zur Kenntnis nehmen und erst dann die auf Fakten und Grundlagen beruhenden Entscheide treffen. Um in den oben beschriebenen Handlungsfeldern Wirkung und Nachhaltigkeit erzielen zu können, bedarf es ohnehin einer ausreichenden Planungszeit. Sollte der Regierungsrat auf Grund der Diskussionen im Zusammenhang mit dem neuen Konzept offene Kinder- und Jugendarbeit zum Schluss kommen, dass ein vermehrter Mitteleinsatz notwendig ist, können die dazu notwendigen Mittel im Budget 2007 eingestellt werden.

2. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, das Budgetpostulat Doris Gysin betreffend Subventionen abzulehnen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Barbara Schneider
Präsidentin

Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber